



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/294 - 23.12.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 37654-59

Fernschreiber 039890

| | |
|-----------------------------------|------|
| Europäische Personalpolitik | S. 1 |
| Toleranz - die Stärke der Schweiz | S. 3 |
| Jungsozialisten und Fremdenlegion | S. 4 |

Europäische Kleinigkeiten

Von Dr. Karl Mommer, MdB

Manchem scheint es unverständlich, daß die SPD als Zweck der Kohle und Stahl-, sowie der Verteidigungs-Gemeinschaft die Schaffung von Verfügungsgewalt anderer über deutsches Potential bezeichnet hat. Freilich hat die Strapazierung der europäischen Mystik für die Remilitarisierung doch wieder recht ernüchternd gewirkt. Es ist auch allgemein begriffen worden, daß in dem französischen Vorschlag, das deutsche Saargebiet zu europäisieren, das Wort "europäisieren" eine ähnliche Bedeutung hat, wie sie das Wort "organisieren" während des Krieges hatte. Hier soll versucht werden, den Kern der europäischen Politik, wie sie jetzt betrieben wird, aus einigen kleineren Vorkommnissen sichtbarer zu machen.

Die Bundesrepublik ist seit mehr als zwei Jahren Mitglied des Europarates. Der Kanzler und Außenminister hat Sitz und Stimme im Rat der 14 Minister. Die deutschen Parlamentarier sitzen gleichberechtigt in der Beratenden Versammlung. Wir tragen 18 Prozent zu den Kosten des Europarates bei, die vor allem durch das Sekretariat in Straßburg entstehen. In ihm waren am 1. Oktober d.J. 259 Personen beschäftigt. Von dem Generalsekretär Jaques Camille Paris war den Deutschen schon seit ihrer Mitgliedschaft versprochen worden, daß der Anteil von deutschen Staatsbürgern an dem Personal des Sekretariats dem Beitragsanteil angeglichen werden sollte.

Wie sieht es damit nach mehr als zwei Jahren aus? Von den 259 Beschäftigten sind heute 10 Deutsche (3,8%), aber 157 Franzosen (60,6%), 45 Briten, 14 Italiener, 11 Belgier. Von den 19 hohen Beamten des Sekretariats ist nur einer deutscher Nationalität (dagegen 4 Franzosen, 4 Italiener, 3 Briten, 2 Belgier). Von den 188 Personen der qualifizierten Beamtenschaft bis herab zum Assistenten sind nur 8 Deutsche, aber 97 Franzosen, 42 Briten, 13 Italiener, 10 Belgier.

Nun hat man uns gesagt, daß wir gekommen seien, als die meisten Stellen besetzt waren. Das ist richtig. Aber seitdem die Bundesrepublik im Sommer 1951 Vollmitglied wurde, ist das Personal um 48 verstärkt worden. Darunter finden wir 4 Deutsche, 28 Franzosen, 13 Briten. Wir sind an dem Zuwachs mit 8,3%, die Franzosen mit 58% beteiligt. Das ist kein äußerer Umstand, hier ist bewußte Politik am Werk.

Das Sekretariat arbeitet z.B. gerade jetzt an einem Bericht über die Saarfrage. Wir wollen bei den europäischen Beamten französischer Nationalität besten Willen zur Objektivität vorgussetzen. Aber sie nehmen ihr geistiges Gepäck mit, wenn sie aus einer Pariser Dienststelle in eine Straßburger überwechseln.

Die Personalpolitik des französischen Generalsekretärs ist so kalt über die notwendige Achtung deutscher Interessen hinweggegangen, daß jetzt auch den bürgerlichen deutschen Delegierten die Sache zu dumm wird. Im Januar soll anlässlich der Sondertagung der Versammlung energisch auf den Tisch geklopft werden. (Es wurde behauptet, wenn auch von anderer Seite bestritten, daß es im Sekretariat der Montan-Union ganz ähnlich stehe, wie in Straßburg, obschon wir Deutschen dort von vornherein mit dabei waren).

Im Europarat sind Französisch und Englisch die offiziellen Sprachen. Das ist für die Deutschen ein großes handicap. Sie hatten bescheiden um technische Anlagen, die es wenigstens erlauben würden, die in fremden Sprachen gehaltenen Reden im Kopfhörer in deutscher Übersetzung zu hören. Das wurde als technisch nicht durchführbar abgelehnt. Im vergangenen September tagte nun im gleichen Straßburger Sitzungssaal die "Gemeinsame Versammlung", das Parlament der Montan-Union. In ihr ist Deutsch offizielle Sprache. Siehe da, die technischen Einrichtungen für eine vier-sprachige Versammlung wurden geschaffen! Aber wieder abgebaut, bevor unmittelbar darauf die Beratende Versammlung des Europarates zusammentrat ...

Der Weg über die Kehler Brücke ist nach wie vor voller Hindernisse. Das deutsche Angebot auf Abschaffung der Visen wurde abgelehnt. Auch die Mitglieder der europäischen Parlamente brauchen Visen, um sich an den Tagungsort zu begeben. Ein Versprechen, hier einen Anfang mit der Abschaffung der Visen zu machen, blieb ein Versprechen. Ein Mitglied, das sein Visum jetzt erneuern lassen mußte, bekam ein auf drei, statt wie bisher auf sechs Monate befristetes Visum. Ohne Visum, ja ohne Paß und wenn nötig mit französischer Gendarmenhilfe kommen über die Grenze nach wie vor nur die im "europäischen Geiste" geworbenen Fremdenlegionäre.

Auch in Kleinigkeiten offenbart sich der Geist einer Politik.

+ + +

Grundlagen des eidgenössischen Lebens

Zürich, Ende Dezember 1952

-1e- Den Ausländer erstaunt es immer wieder, wie es möglich ist, dass die Eidgenossenschaft über einen so festen Zusammenhang verfügt, obgleich in ihren Gliedern Kräfte und Tendenzen wirksam sind, die einem solchen nicht förderlich erscheinen. Wir meinen dabei nicht nur die drei nationalen Grundkräfte der Schweiz, das deutsche, französische und italienische Nationalelement, sondern auch ebenso sehr die kantonale Gliederung. Jeder Kanton war historisch ursprünglich ein selbständiges souveränes Gebilde und hat stets unter besonderen Umständen den Weg zur Eidgenossenschaft gefunden. Ein Gebilde wie den Kleinbauer-Kanton Appenzell-Innerrodern und den calvinistischen Stadt-Staat Genf als gleichberechtigte Glieder eines Bundesstaates, das ist wahrlich keine Selbstverständlichkeit! Zu all dem kommt noch hinzu, dass die Schweiz auch konfessionell gespalten ist; es gibt überwiegend katholische und überwiegend protestantische Kantone, zu denen eine dritte Gruppe kommt, die sogenannten paritätischen, in denen die Katholiken und Protestanten ungefähr gleich stark vertreten sind.

Auch im politischen Leben gehen die Grundauffassungen der drei grossen führenden Landesparteien weit auseinander. Die Katholisch-Konservative Partei sieht ihr Ideal in einer ständestaatlichen Organisation des öffentlichen Lebens. Die Freisinnige Partei hütet eifrig das Erbe des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus, die Sozialdemokraten bekennen sich zu den Prinzipien des freiheitlichen Sozialismus und weisen darauf hin, dass in einer gemeinwirtschaftlichen und gemeinnützigen Form des Wirtschaftslebens, also vor allem in der Genossenschaftsform, auch der politische Gehalt der Eidgenossenschaft seine wahrhaft zeitgemässe historische Ausprägung bekommt.

Das staatspolitische Geheimnis, weshalb die verschiedenen, nationalen, religiösen, landschaftlich-kantonalen und politischen Kräfte im Zeichen des eidgenössischen Gedankens einheitlich zusammengefasst werden, besteht in einem Prinzip, das den Schweizern selbstverständlich ist und über das sie deswegen kaum sprechen: In der Verantwortung, die die Mehrheit stets gegenüber der Minderheit empfindet.

Am klarsten kommt dieses Prinzip im Verhältnis der drei Nationalitäten zur Ausprägung. Die deutsch-sprachige Mehrheit, die 70 % des Schweizer Volkes umfasst, räumt, ohne dass Gesetz oder Vorschriften

es verlangen, der welschen Minderheit grössere Rechte und mehr Bevorzugung ein, als ihr aufgrund des reinen Quantitätsprinzips zukäme. Diess äussert sich unter anderem auch darin, dass im Parlament Bundes-subventionen für die welschen Kantone mit bedeutend weniger Widerstand bewilligt werden als für deutsch-sprechende Kantone. Weil die Welschen in der Minderheit, also die Schwächeren sind, empfindet die Mehrheit ihnen gegenüber eine besondere Verantwortung. Auch im rein Politischen spielt dieses Verantwortungsprinzip eine nicht zu unterschätzende Rolle: es gilt als eine der vornehmsten Aufgaben der Mehrheitsparteien in den Kantonen, die Oppositionspartei oder -Parteien zur positiven Mitarbeit am Staatsleben heranzuziehen, und in den meisten Kantonsverfassungen ist diese Forderung kategorisch verankert. Dieses Verantwortungsprinzip hat sich im Sozialen heilsam ausgewirkt: Ein exzessiver Kapitalismus konnte sich in der Schweiz nicht entfalten, weil ihm vom Politischen her, eben von der eidgenössischen und solidarischen Auffassung des Lebens, zwangsläufig Grenzen gesetzt sind.

Indem die Schweiz den Grundsatz, dass die Mehrheit für die Minderheit die Verantwortung trägt, dass der Stärkere dem Schwächeren beistehen muss, in ihrer Alltagspolitik dauernd anwendet, leistet sie eine Aufgabe, die gerade die grössten und berühmtesten Geister der Schweiz immer wieder gefordert und als Sendung des Kleinstaates hingestellt haben: unaufdringlich ein Beispiel zu geben, wie die Macht von innen, vom Gewissen her in lebensgestaltende, den Frieden sichernde Kraft umgewandelt wird.

+ + +

"Einer grossen Nation unwürdig"

(sp) Im Schloss Rheydt ging dieser Tage die Jahresabschluss-tagung des Zentralausschusses der Jungsozialisten Deutschlands zu Ende, die sich vor allem mit der Arbeit des Jahres 1952 befasste und gleichzeitig die Planung der grossen Aktivitäten im kommenden Jahre verabschiedete. Im Mittelpunkt der politischen Arbeit dieser Tagung stand die eingehende Erörterung des Problems der Fremdenlegion. An Hand authentischer Unterlagen untersuchte der Zentralausschuss diese Frage besonders im Hinblick auf die Auswirkung der Werbung in der deutschen Jugend, und fasste seine einmütige Auffassung in einer scharfer

Erklärung zusammen, in der es u.a. heißt:

"Der Zentralausschuß der Jungsozialisten Deutschlands wendet sich schärfstens gegen die Werbung junger Deutscher für die französische Fremdenlegion. Die Methoden dieser Anwerbung durch bezahlte Subjekte widersprechen den einfachsten Grundsätzen von Menschlichkeit und Menschenwürde und sind nichts anderes als eine moderne Variante verabscheuungswürdigen Menschenraubes. Die Pressung zum Landsknechtsdienst unter fremder Flagge erscheint den Jungsozialisten einer großen Nation unwürdig und ist nicht geeignet, das Vertrauen in die Entwicklung zu einem Vereinigten Europa freier und gleichberechtigter Völker zu stärken. Von der Bundesregierung fordern die Jungsozialisten die sofortige Unterbindung der Werbung für die Legion und die strengste Bestrafung der Werber. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, eine Aufklärungsaktion durchzuführen, die die Jugend vor einem Weg in Not, Elend und Tod eindringlich warnt. Die selbstverständliche nationale Selbstachtung sollte Veranlassung für die Bundesregierung sein, bei den Alliierten die sofortige Beendigung des rechtlosen Zustandes an den deutschen Grenzen mit allem Nachdruck zu fordern".

Aus dem Bericht des Zentralausschusses über das Jahr 1952 ging hervor, daß die Jungsozialistenarbeit auf allen Gebieten erfreuliche Ergebnisse zeitigte. Bei den Kommunalwahlen am 9. November konnte die Zahl der jungen Mandatsträger der SPD unter 35 Jahren mehr als verdoppelt werden. In der politischen Schulungsarbeit nahmen an 684 zentral durchgeführten Schultagen insgesamt 7.350 Jungsozialisten teil, während die 261 internationalen Veranstaltungstage eine Teilnehmerzahl von 1.745 umfaßten. Das Zentralsekretariat gab 1952 fünf Broschüren mit der Auflagenhöhe von insgesamt 57000 sowie eine Schulungsbriefreihe und einen monatlichen Informationsdienst heraus. Abschließend wurde über eine erfolgreiche Weihnachtspäckchen-Aktion für die Ostberliner Jungsozialisten berichtet.

Bei der Beratung der Arbeit für das Jahr 1953 wurde beschlossen, im April eine zentrale Tagung von Jungsozialistenfunktionären in Kassel durchzuführen, auf der drei Jungsozialistenfilme uraufgeführt werden. In das internationale Programm der Jungsozialisten wurden eine große Zahl von Auslandsdelegationen und internationalen Begegnungen auf deutschem Boden aufgenommen.

Verantwortlich: Peter Raunau